

Renate Blank

- (A) land, mit allen positiven Auswirkungen für Wachstum und Beschäftigung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Und Umwelt?)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Das Wort hat der Kollege Ulrich Kelber, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Ulrich Kelber (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die meisten meiner Vorrednerinnen und Vorredner haben zu Recht betont, dass eine moderne Dienstleistungsgesellschaft auch eine moderne Infrastruktur benötigt. Ich sage als Umweltpolitiker: Dazu gehören Straßen und Schienenstrecken.

Dazu gehören aber genauso moderne Energienetze und eine nachhaltige Energieversorgung. Unsere **Energienetze** müssen ausfallsicher und aufnahmefähig für neue Wettbewerber sein, um endlich zu Modernisierung und zu fairen Strompreisen zu kommen. Ein solcher Ansatz, über neue Wettbewerber mehr Wettbewerb in die Energieerzeugung zu bekommen, ist aus meiner Sicht vielversprechender als der Versuch, in Zeiten einer europäischen Strombörse wieder eine staatliche Preisregulierung einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Unsere Energienetze müssen auch fit gemacht werden für den wegen erfolgreicher Fördergesetze zum Glück immer rasanter ansteigenden Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland. Sie müssen so modernisiert werden, dass sie für neue Steuerungsmodelle, wie zum Beispiel virtuelle Kraftwerke, fit sind.

Das heute zu beschließende Gesetz enthält einen wichtigen Bestandteil, bei dem es um die Energienetze geht. Er ist ein weiterer entscheidender Durchbruch bei der Modernisierung unserer Energieerzeugung und dem Umbau unserer Energienetze hin zu einem größeren Anteil erneuerbarer Energien und mehr Wettbewerbern. Mein besonderer Dank gilt auch den Verkehrspolitikern der Koalition: Ihr habt es ermöglicht, uns mit diesem Anteil an das Gesetz anzuhängen. Auch dieser Teil hat etwas mit Planungsbeschleunigung zu tun. Deswegen ist er an dieser Stelle gut aufgehoben. Freundlicherweise habt ihr aber auf uns gewartet, bis wir zu der richtigen Lösung gekommen sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit dem vorliegenden Gesetz schaffen wir die Grundlage, um Planung und Umsetzung der benötigten neuen Höchst- und Hochspannungsleitungen vor allem im Norden und Osten unseres Landes zu beschleunigen. Mit diesem Gesetz verschaffen wir den **Offshorewindparks** einen neuen massiven Schub, weil wir für diese besonders effizienten Windenergieanlagen auf hoher See endlich die Finanzierung des Netzanschlusses sicherstellen. Damit gibt es erstmals eine Gleichberechtigung: Alle an-

deren Kraftwerke wurden schon bisher von den Netzbetreibern angeschlossen. Diese Regelungen gelten jetzt auch für die Offshoreanlagen. (C)

(Jan Mücke [FDP]: Wer zahlt?)

Die Reaktionen aus der Branche sind vielversprechend. In den nächsten Jahren werden große Milliardensummen investiert.

(Jan Mücke [FDP]: Wer zahlt den Preis?)

Ich gehe davon aus, dass von nun an ein Anteil an erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Deutschland bis 2020 von über 30 Prozent möglich wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Einige, die diese Debatte verfolgen, werden die vollständige Ablösung der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien persönlich erleben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Damit geht ein deutsches Wirtschaftswunder weiter; denn in den wenigen Jahren, in denen eine intensive Förderung der erneuerbaren Energien stattfand, sind in diesem Bereich bereits 170 000 **Arbeitsplätze** in unserem Land entstanden.

(Jan Mücke [FDP]: Wie viele Energieunternehmen sind ausgewandert?)

Bis 2020 können es mindestens 300 000, vielleicht sogar 500 000 Arbeitsplätze sein, die Hälfte davon vermutlich in den neuen Bundesländern. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Weltmarktführer Deutschland – das sind wir in den sechs Jahren seit dem In-Kraft-Treten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes geworden – wird durch die Exportstärke, die er schon entwickelt hat, einen Großteil der für das Jahr 2020 jährlich erwarteten Investitionen von 250 Milliarden Euro weltweit durch Exporte erwirtschaften.

(Marko Mühlstein [SPD]: Bravo!)

Ich habe die Einwände der FDP-Abgeordneten, die mir leider keine Zwischenfrage stellen wollen, nach dem Preis durchaus gehört.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Nicht zuletzt führt gerade die Einspeisung von Windstrom zu einer Strompreisminderung.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das müssen Sie nicht nur den wissenschaftlichen Gutachten glauben. Vielmehr hat selbst Eon im letzten Monat bekannt gegeben, ohne die Kapazitäten durch Windstrom gebe es an der Börse wesentlich höhere **Strompreise**. Das Unternehmen hat in einer Studie ausrechnen lassen, dass diese Kapazitäten bereits eine

Ulrich Kelber

- (A) Preisminderung von über 1 Milliarde Euro pro Jahr für die Verbraucherinnen und Verbraucher bedeutet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

So viel zu der Frage: Woher kommt das Geld und wem helfen diese Investitionen? Man darf nicht statisch rechnen, Herr Mücke. Wer in einer hochkomplexen Dienstleistungs- und Industriegesellschaft lebt, muss zu dynamischen Rechnungen und dynamischen Betrachtungen von komplexen Vorgängen in der Lage sein.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Ihr beschwert euch, dass die Preise steigen!)

Mit dem heute zu beschließenden Gesetz stellen wir die Offshorewindparks anderen Kraftwerken gleich, die durch die Netzbetreiber angeschlossen werden müssen. Für alle neuen Offshorewindparks wird dies zu einer völlig neuen Situation führen. Ich freue mich, dass auch im Ausschuss klar gestellt wurde, dass für die Offshorewindparks, die schon angeschlossen werden können, die getroffenen Vereinbarungen weiterhin gelten können, wie man am Beispiel Norderney sehen kann.

(Jan Mücke [FDP]: Strom wird also billiger!)

Wir ermöglichen auch die Nutzung von Erdkabeln statt Freileitungen in der Nähe von Siedlungen und ökologisch sensiblen Bereichen und verkürzen so die Planungsverfahren.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Das macht Strom billiger!)

- (B) Ich glaube, dieses Gesetz ist eine gute Entscheidung für die Zukunft unseres Landes, eine Entscheidung für ein nachhaltiges Wachstum, für mehr Jobs und für mehr Klimaschutz.

Trotz aller Kritik von Umweltpolitikern, zum Beispiel der Grünen, an bestimmten Teilen kann ich nur sagen: Dieser Teil des Gesetzes ist nun wirklich über jede Kritik erhaben. Ich bitte um breite Zustimmung zum Gesamtgesetz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Das Wort hat der Kollege Volkmar Vogel, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Volkmar Uwe Vogel (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das vorliegende Gesetz zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben ist ein gutes Gesetz.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Durch falsches Wiederholen wird es nicht richtiger!)

Es knüpft an das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz an und findet deswegen die Zustimmung unserer Fraktion.

- Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes schaffen wir über den 31. Dezember 2006 hinaus **Planungssicherheit** – das ist ganz wichtig – in den neuen Ländern. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gleichzeitig – das ist mindestens genauso wichtig – erreichen wir Planungsbeschleunigung im gesamten Land.

Ich habe es bereits gesagt: Am 31. Dezember läuft das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz aus. Es galt 15 Jahre, in denen wir in den neuen Ländern die Möglichkeit hatten, von bundesgesetzlichen Regelungen abzuweichen,

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Das war auch ein gutes Gesetz!)

und zwar für Planung, Genehmigung, Ausführungsplanung und Bau. Es waren 15 Jahre, in denen wir die Herausforderungen des enormen Nachholbedarfs im Osten de facto gemeistert haben. Mittlerweile sind die meisten Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ abgeschlossen. Einige sind noch im Bau, aber zumindest der überwiegende Teil ist planfestgestellt.

Der Nutzen aus der besseren Infrastruktur in den neuen Bundesländern wird dem gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland helfen. Einige Beispiele dafür: Die A 20 – das wurde heute schon angesprochen – verbindet den norddeutschen Raum um Hamburg und Schleswig-Holstein mit Mecklenburg-Vorpommern. Ich nenne die A 14. Wie schnell gelangt man jetzt von Hannover in den Wirtschaftsraum Leipzig/Halle! Die A 9 verbindet Bayern mit Berlin.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Alles gegen den Willen der SPD beschlossen!)

Die A 71/73, zum Teil noch im Bau, lässt Nordbayern näher an Thüringen heranrücken. (D)

Autobahn- und Gleisanschluss sind Standortfaktoren. Gewerbeansiedlungen entlang der Trassen sorgen für neue, innovative **Arbeitsplätze**, vor allem in den neuen Ländern. Schnelles Genehmigen ermöglicht zügiges Bauen. Das bedeutet Arbeitsplätze für unsere Bauleute vor Ort und aus vielen anderen Regionen, bedeutet auch schnelle Nutzbarkeit von Anlagen und bedeutet letztlich Standortvorteile. Man kann heute mit Fug und Recht sagen: Der Großfeldversuch Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz war ein voller Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Auch die Kritiker, die heute gesprochen haben, müssen doch erkennen:

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP], zur SPD gewandt: Die sitzen da drüben! Die haben es abgelehnt!)

Planungsvereinfachung geht mitnichten zulasten der Umwelt. Die Projekte, die jetzt verwirklicht sind, die jetzt abgeschlossen sind, entsprechen allesamt den heutigen **Umweltstandards**. Sie halten auch jedem Vergleich stand, allemal dem mit dem Zustand, wie er zur DDR-Zeit vorhanden war.